

14.06.2026

Stellungnahme der GGG Niedersachsen zur Agenda 2035 des Philologenverbandes Niedersachsen

Gesamtschule ist Zukunft – nicht Kompromiss

Mit seiner Agenda 2035 legt der Philologenverband Niedersachsen ein umfangreiches bildungspolitisches Positionspapier vor. Es enthält zahlreiche Forderungen, die wir ausdrücklich unterstützen: bessere Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte, multiprofessionelle Teams, eine verlässliche Unterrichtsversorgung, mehr Ressourcen für Inklusion und eine stärkere Unterstützung der Schulen.

Gleichzeitig vermittelt die Agenda ein Bildungsverständnis, das wir entschieden zurückweisen.

An vielen Stellen entsteht der Eindruck, als seien anspruchsvolle Bildung, wissenschaftspropädeutisches Arbeiten, Demokratiebildung und Studierfähigkeit nahezu ausschließlich an das Gymnasium gebunden. Damit wird eine Hierarchie der Schulformen konstruiert, die weder der schulischen Realität in Niedersachsen noch den Herausforderungen einer demokratischen Gesellschaft gerecht wird.

Im Folgenden acht Gegenthesen zu der vom Philologenverband entwickelten Agenda:

1. Das Abitur gehört nicht dem Gymnasium

Das Abitur ist kein Markenzeichen einer einzelnen Schulform.

Integrierte und Kooperative Gesamtschulen führen ebenso zur Allgemeinen Hochschulreife wie Gymnasien. Ihre Schülerinnen und Schüler absolvieren dieselben zentralen Prüfungen und erwerben denselben staatlich anerkannten Abschluss.

Wer den Eindruck erweckt, allgemeine Studierfähigkeit sei ein Alleinstellungsmerkmal des Gymnasiums, ignoriert bewusst die Leistungen tausender Schülerinnen und Schüler sowie ihrer Lehrkräfte an Gesamtschulen.

Nicht die Schulform verleiht dem Abitur seinen Wert.

Es sind die Leistungen der jungen Menschen.

2. Leistung braucht Förderung – nicht frühe Auslese

Die GGG steht für ein Leistungsverständnis, das Entwicklung ermöglicht.

Kinder entwickeln sich unterschiedlich schnell. Begabungen entfalten sich zu unterschiedlichen Zeitpunkten. Bildungskarrieren verlaufen nicht geradlinig.

Dennoch hält Deutschland an einem System fest, das Kinder bereits nach der Grundschule auf unterschiedliche Bildungswege verteilt – mit nachweisbaren Folgen für die Chancengerechtigkeit.

Die internationale Bildungsforschung zeigt seit Jahren, dass frühe Selektion soziale Ungleichheiten verstärkt, anstatt Leistungspotenziale auszuschöpfen.

Die Gesamtschule setzt dem ein anderes Verständnis entgegen:

Nicht Selektion schafft Leistung.

Förderung schafft Leistung.

Nicht Homogenität erzeugt Qualität.

Vielfalt erweitert Lern- und Entwicklungsmöglichkeiten.

3. Schulentwicklung braucht Vertrauen statt Polemik

Besonders kritisch sehen wir die pauschale Kritik des Philologenverbandes am sogenannten Freiräumeprozess und an den daraus hervorgegangenen Konzepten einzelner Ober-, Gesamt- und Gemeinschaftsschulen. Wenn von einem „unüberschaubaren Wildwuchs“ gesprochen wird, wird eine Vielzahl engagierter Schulentwicklungsprozesse pauschal diskreditiert.

Die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts verlangen von Schulen die Bereitschaft, neue Wege zu erproben, Unterricht anders zu organisieren und Lernprozesse stärker an den Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler auszurichten. Die im Freiräumeprozess entwickelten Konzepte sind nicht Ausdruck von Beliebigkeit, sondern professioneller Schulentwicklung. Schulen benötigen Gestaltungsspielräume, um auf unterschiedliche Rahmenbedingungen reagieren und innovative pädagogische Konzepte erproben zu können. Der pauschale Vorwurf eines „Wildwuchses“ wird dieser Arbeit nicht gerecht.

4. Bildungsgerechtigkeit ist kein ideologisches Projekt

Immer wieder werden gemeinsames Lernen, Inklusion und Integration als ideologisch motivierte Konzepte dargestellt.

Wir halten dagegen:

Bildungsgerechtigkeit ist kein ideologisches Ziel.

Sie ist ein demokratischer Auftrag.

Eine Schule, die Kinder aufgrund ihrer sozialen Herkunft, ihrer Sprache oder ihrer individuellen Entwicklung früh trennt, reproduziert gesellschaftliche Ungleichheit.

Eine Schule, die unterschiedliche Kinder gemeinsam lernen lässt und individuelle Förderung organisiert, stärkt Zusammenhalt, Teilhabe und Demokratie.

Die Gesamtschule ist deshalb nicht nur eine Schulform.

Sie ist Ausdruck eines gesellschaftlichen Verständnisses, das davon ausgeht, dass Verschiedenheit Normalität ist und Bildung allen offenstehen muss.

5. Wissenschaftsorientierung endet nicht am Schultor des Gymnasiums

Die Agenda des Philologenverbandes reklamiert wissenschaftspropädeutisches Lernen als besonderes Merkmal gymnasialer Bildung.

Dabei wird übersehen, dass gymnasiale Oberstufen an Gesamtschulen seit Jahrzehnten genau diesen Auftrag erfüllen.

Auch dort lernen Schülerinnen und Schüler wissenschaftliche Methoden anzuwenden, kritisch zu denken, Verantwortung zu übernehmen und sich auf Studium oder anspruchsvolle Berufsausbildungen vorzubereiten.

Wer dies infrage stellt, spricht nicht über die Qualität von Bildung, sondern über die Verteidigung historisch gewachsener Zuständigkeiten.

6. Lernen für die Zukunft braucht mehr als traditionelle Fächer

Ebenso kritisch bewerten wir die Forderung, an bestehenden Fächerstrukturen unverändert festzuhalten. Die Begründung, Fächer böten Schülerinnen und Schülern sowie Lehrkräften eine „klar erkennbare Unterrichtsstruktur“, greift zu kurz.

Die großen Herausforderungen unserer Zeit – Klimawandel, Digitalisierung, gesellschaftlicher Zusammenhalt, globale Wirtschaftsbeziehungen oder die Transformation von Arbeit – lassen sich nicht entlang traditioneller Fächergrenzen verstehen. Sie erfordern vernetztes Denken und die Fähigkeit, Wissen aus unterschiedlichen Perspektiven zusammenzuführen.

Fächerverbindendes Lernen und integrative Fächer wie Naturwissenschaften oder Gesellschaftslehre fördern das Verständnis von Zusammenhängen. Sie stärken genau jene Kompetenzen, die junge Menschen in einer komplexen Welt benötigen.

Dass integrative Konzepte hohe Anforderungen an Lehrkräfte stellen, ist unbestritten. Die Konsequenz daraus kann jedoch nicht sein, notwendige pädagogische Entwicklungen zu stoppen. Vielmehr müssen Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie die personellen

Rahmenbedingungen so gestaltet werden, dass Lehrkräfte diese anspruchsvolle Aufgabe erfolgreich bewältigen können.

7. Die Schule des 21. Jahrhunderts ist eine Schule der Vielfalt

Unsere Gesellschaft verändert sich.

Sie wird vielfältiger, internationaler und komplexer.

Die Antwort darauf kann nicht sein, Schulformen gegeneinander auszuspielen oder vermeintlich homogene Lernwelten zu idealisieren.

Wir brauchen Schulen,

- die leistungsstark sind,
- die demokratische Verantwortung fördern,
- die Integration ermöglichen,
- die Talente entdecken,
- und die jedem Kind die Chance geben, seinen eigenen Bildungsweg erfolgreich zu gestalten.

Genau dafür steht die Gesamtschule.

Sie verbindet hohe Bildungsansprüche mit individueller Förderung und gesellschaftlicher Verantwortung.

8. Inklusion ist gesetzlicher Auftrag für alle Schulformen

Besonders irritierend sind die Ausführungen des Philologenverbandes zur Inklusion. Dabei gerät aus dem Blick, dass die Debatte längst nicht mehr die Frage betrifft, *ob* inklusive Bildung stattfinden soll, sondern *wie* sie bestmöglich gestaltet werden kann.

Nach § 4 NSchG sind alle öffentlichen Schulen inklusive Schulen. Daraus folgt, dass auch Gymnasien in wachsendem Umfang inklusive Verantwortung übernehmen müssen. Ein inklusives Bildungssystem kann nur funktionieren, wenn alle Schulformen ihren Beitrag leisten.

Die vom Philologenverband erhobene Forderung nach Erhalt und Neugründung von Förderschulen weist dagegen in die falsche Richtung. Sie läuft auf eine erneute institutionelle Trennung von Kindern und Jugendlichen hinaus und steht damit im Widerspruch zu den Zielen der UN-Behindertenrechtskonvention sowie zur Entwicklung eines inklusiven Bildungssystems.

Die Vorstellung, Herausforderungen der Inklusion durch verstärkte Separation statt durch bessere Unterstützung der Regelschulen zu lösen, ist kein zukunftsorientiertes Bildungsprogramm.

Eine demokratische und inklusive Gesellschaft braucht mehr gemeinsames Lernen, nicht weniger.

Schlussfolgerung

Die entscheidende bildungspolitische Frage lautet heute nicht:

Wie sichern wir die Sonderstellung einer einzelnen Schulform?

Die entscheidende Frage lautet:

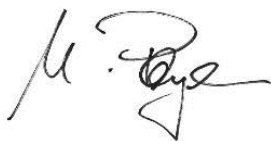
Wie schaffen wir ein Bildungssystem, in dem Herkunft nicht über Zukunft entscheidet?

Die GGG Niedersachsen wird sich weiterhin mit Nachdruck für ein Bildungssystem einsetzen, das Leistung und Chancengerechtigkeit zusammen denkt, demokratische Teilhabe stärkt und Vielfalt als Voraussetzung erfolgreicher Bildung begreift.

Denn eine moderne Gesellschaft braucht keine Konkurrenz der Schulformen.

Sie braucht Schulen, die gemeinsam Verantwortung für alle Kinder und Jugendlichen übernehmen.

Gesamtschulen tun dies jeden Tag – erfolgreich, leistungsorientiert und demokratisch.



Ulla Pleye

Landesvorsitzende